



Die Junker wollen zurück

Hintergrund ➔ Die PREUBISCHE TREUHAND GMBH & Co. KG A.A. versucht sich an einer vierten polnischen Teilung

Für erhebliche Unruhe und Ängste im Nachbarland Polen sorgt eine Gruppe Deutsch-Nationaler, die sich seit Jahren erfolglos in dem einen oder anderen Sammelbecken rechts der CDU/CSU organisieren und mittlerweile zur PREUBISCHE TREUHAND GMBH & Co. KG A.A. zusammengeschlossen haben. Deren Kernaussage lautet: »Der polnische Staat hat deutsches Eigentum widerrechtlich konfisziert«, wie der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Organisation, ALEXANDER VON WALDOW, gegenüber der Parteizeitung der REPs formuliert.

Nach dem EU-Beitritt Polens rechnen sich revanchistische Kreise neue Chancen aus. Sammelklagen sollen eingereicht und der Europäische Gerichtshof angerufen werden. Bedeutung erlangen die alten Krieger, da die BRD die Rechtmäßigkeit der Umsiedlungen bis heute nicht anerkennt.



Seit Jahrzehnten arbeiten die alten Krieger an ihren revanchistischen Zielen. Jetzt rechnen sie sich neue Chancen aus.

Herrscht Krieg zwischen Deutschland und Polen? ALEXANDER VON WALDOW scheint dieser Ansicht zuzuneigen. »Weg zum Frieden« heißt die Schrift, in der er eine Lösung der »Eigentumsfrage« vorschlägt; der Frage, wem das Land im Osten gehört, das Bürgerinnen und Bürger Nazideutschlands durch Flucht oder Umsiedlung verlassen mussten. Und legt damit nahe: Solange das Eigentum nicht zurückgegeben worden ist, herrscht vielleicht Waffenstillstand, Friede aber nicht. Der emeritierte Architekturprofessor und Vorstandsmitglied der Rechtspartei DEUTSCHE SOZIALE UNION hat die Konsequenzen gezogen. Gemeinsam mit anderen »Vertriebenen« organisiert sich der umgesiedelte »Pommer« in der PREUBISCHEN TREUHAND. Deren Ziel ist simpel: Das von den Umgesiedelten verlassene Grundeigentum soll polnischem Besitz

entrisen und seinen früheren Eigentümern übertragen werden. In Ausnahmefällen, so heißt es, komme auch finanzielle Entschädigung in Betracht.

Der politische Hintergrund

Absurde Anmaßungen – schließlich resultierten Umsiedlung und Grenzverschiebung nicht aus einem polnischen Willkürakt, sondern waren die Antwort auf Vernichtungskrieg und Shoa. Dennoch: Dass die »Eigentumsfrage« östlich der bundesdeutschen Grenze nicht geklärt sei, ist Konsens in den »Vertriebenen«-Verbänden – und offenbar auch im Berliner Regierungsapparat. »Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen«, schrieb BdV-Generalsekretärin MICHAELA HRIBERSKI kürzlich in einem Leserinnenbrief in der FAZ, »hat zuletzt am 29. Januar 2004 in Übereinstimmung mit seiner bisherigen Politik und mit allen Bundesregierungen seit 1949 (!) festgestellt, dass die Vermögensfragen der Vertriebenen offen sind.« Wie die »offenen Vermögensfragen« geklärt werden sollen, darüber gibt es Streit – zwischen Bundesregierung und BdV, aber auch zwischen BdV und PREUBISCHER TREUHAND.

Der BdV, das bestätigt HRIBERSKI in ihrem Leserinnenbrief, »strebt (...) eine politische Lösung der offenen Fragen an«. »Wir fordern die Bundesregierung und die Regierungen der betroffenen Staaten auf«, heißt es in einer Presseerklärung des Verbandes vom 26. April 2004, »den Weg dafür frei zu machen und eine politische Lösung zu suchen.« Regierungsverhandlungen also und am Schluss eine Einigung zwischen Staaten, die allen

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de

<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. v. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Rechtsextremismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Subkulturen und Rassismus.

Sondersammlungen: 1995 haben wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit übernommen; 1999 kam das Foto- und Redaktionsarchiv der »Deutschen Volkszeitung (DVZ) - die tat« hinzu. Außerdem verwalteten wir die Sammlung des Projekts für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.



Russischer Antifaschist gezielt ermordet

St. Petersburg (Russland) • Am Morgen des 19. Juni wurde Nikolay Girenko, in der Öffentlichkeit bekanntes Mitglied der antifaschistischen Bewegung in St. Petersburg, in seiner Wohnung ermordet. Das gab die *Antifaschistische Kommission* der Organisation *Memorial* bekannt. Unbekannte erschossen den Professor durch die geschlossene Wohnungstür; die Kugeln töteten ihn sofort. Zu der in der Öffentlichkeit kaum beachteten

Tat bekannte sich eine Gruppe namens RUSSKAYA RESPUBLIKA.

Im Folgenden dokumentieren wir Teile eines Briefes der *Antifaschistischen Kommission*: »Girenko war ein bekannter Professor und Afrika-Spezialist, der als engagierter Antifaschist und Antirassist aktiv war. (...) Als Repräsentant der antifaschistischen Bewegung war Nikolay Girenko häufiger Gast von öffentlichen Sitzungen, Tagungen und Talkshows. Herr Girenko machte große Anstrengungen im Kampf gegen die rassistische Gewalt gegen ausländische Studenten. Als Fachmann unterstützte er Strafverfahren gegen Faschisten und faschistische Organisationen. (...). Wir sind schockiert und in tiefer Trauer über dieses Verbrechen. Als persönliche Freunde von Nikolay Girenko können wir uns kein anderes Motiv für die Tat vorstellen als ein politisches.« ◀

Frey auf norwegisch

Norwegen • Vor kurzem erschien im TRANS FORLAG die norwegische Übersetzung des Buches »Polens verschwiegene Schuld« aus der Feder von GERHARD FREY JUN. Das Werk schiebt ▶



Umgesiedelten Restitution oder Entschädigung sichert: Das will der BbV.

Genau dies jedoch sucht die Bundesregierung zu vermeiden. Denn deutsche Forderungen gegenüber osteuropäischen Staaten, darüber ist man sich in Berlin im Klaren, hätten selbstverständlich Gegenforderungen zur Folge – eine angemessene Entschädigung für die deutschen Massenverbrechen ist nie geleistet worden. Entsprechend besteht man in Berlin darauf, politische Verhandlungen über die angeblichen »offenen Vermögensfragen« nicht zu führen. Privatrechtliche Forderungen jedoch, das hat der damalige Bundespräsident Rau im vergangenen Oktober ausdrücklich bestätigt, wird man keinesfalls behindern.

Der Weg der PREUBISCHEN TREUHAND

Exakt hier sieht die PREUBISCHE TREUHAND ihre Chance. Auf dem Rechtsweg will sie die Forderungen der Umgesiedelten einklagen – und der EU-Beitritt Polens kommt ihr dabei gerade recht. Denn seit dem 1. Mai ist polnisches Recht an EU-Recht gebunden, das höchste Gericht für Polen in zahlreichen Fragen sitzt nicht mehr in Warszawa, sondern in Luxemburg: der Europäische Gerichtshof. Die letzte Verfügungsgewalt über die »Eigentumsfrage« liegt also nicht mehr in polnischer Hand, die Chancen für die »Vertriebenen« vergrößern sich dadurch wohl.

Die PREUBISCHE TREUHAND wurde am 14. Dezember 2000 von Mitgliedern der drei großen »preußischen« »Vertriebenen«-Verbände (LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN, LANDSMANNSCHAFT SCHLESISIEN, POMMERSCHE LANDSMANNSCHAFT) gegründet. Sie nahm am 18. September 2001 die Rechtsform einer GmbH & Co. KG a.A. an und verkauft seitdem Anteilscheine (»Aktien«), die ihre Kapitalbasis (bisher ein sechstelliger Betrag) erweitern sollen. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Bundesvorsitzende der LANDSMANNSCHAFT SCHLESISIEN, RUDI PAWELKA, als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende werden der »Ostprouße« HANS-GÜNTHER PARPLIES (BdV-Vizepräsident und BdV-Landesvorsitzender in NRW) und der »Pommer« VON WALDOW genannt. Die Organisation hat ihren Sitz in der Düsseldorfer Geschäftsstelle der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN NRW.

Die PREUBISCHE TREUHAND betrachtet sich als »Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen für deutsches Vermögen in den Vertreibungsgebieten«. Sie will die Kräfte der einzelnen Umgesiedelten bündeln, »die Eigentumsansprüche der einzelnen Vertriebenen jeweils individuell sichern bzw. erhalten (...) und diese treuhänderisch für die jeweiligen Vertriebenen oder dessen Erben rechtlich und wirtschaftlich handhab(en)«. Dabei strebt die Organisation gegebenenfalls auch Sammelklagen in den USA an. Vorbild: Die Jewish Claims Conference, an die auch der englische Name der Treuhand anklängt – PRUSSIAN CLAIMS SOCIETY.

Liebe LeserInnen, liebe FreundInnen und Antifas!

Mit dieser Ausgabe des *monitor* nehmen wir eine kleine Ergänzung unseres Konzeptes vor, um dem Sinn und Zweck dieses Rundbriefes im kommenden vierten Jahr seines Bestehens noch besser entsprechen zu können. In Zukunft findet Ihr in jeder Ausgabe die halbseitige Rubrik *apabiz en detail*, in der wir Euch einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. des *apabiz* konkret vorstellen möchten.

Wir hoffen damit die Funktion des *monitor* stärken zu können, der eben nicht nur über die Rechte sowie antifaschistische und andere gesellschaftspolitische Aktivitäten und Diskussionen berichten, sondern auch die Arbeit und Projekte des *apabiz* vorstellen und näher bringen soll. Nebenstehend findet Ihr mit einer Vorstellung der Presseauswertung als einem der Herzstücke des Archivs den ersten Teil dieser neuen Serie. In der Hoffnung, dass diese Neuerung (auch) in Eurem Interesse ist,

Euer *apabiz*

Polnische Reaktionen

In Polen hat die PREUBISCHE TREUHAND viel Unmut erregt. Dort führt die Angst vor deutschen Ansprüchen inzwischen zu Gegenmaßnahmen. Das Stadtparlament der polnischen Hauptstadt hat die Schäden berechnen lassen, die die Deutschen zwischen 1939 und 1945 in Warszawa anrichteten – mehr als 30 Milliarden US-Dollar sind das vorläufige Ergebnis.

Andere Städte planen ähnliche Aufstellungen. In Poznan entsteht derzeit eine Initiative, die Ansprüche polnischer NS-Opfer bündeln will. Scharfe Auseinandersetzungen zeichnen sich ab.

Den »Weg zum Frieden« hat – das behauptet er jedenfalls – ALEXANDER VON WALDOW vorgezeichnet: Restitution, in Ausnahmefällen Entschädigung. »Es wird keinen ordentlichen Frieden geben, wenn man die offenen Probleme nicht zu einem echten Schlusspunkt bringt«, sagt er im Interview mit der REP-Parteizeitung ZEIT FÜR PROTEST, und entwickelt Visionen, die über die »Eigentumsfrage« weit hinausgehen. Die Herkunftsgebiete der Umgesiedelten, so meint Waldow, »müßten 'Euro-Gebiete' werden, die weder zu Polen noch zu Deutschland gehören«; »ein autonomes Zwei-Völker-Land unter der Regie der EU« sollten sie sein.

Ähnliches hat für die Randgebiete der Tschechischen Republik (»Sudetenland«) bereits vor Jahren der heutige Vorsitzende der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT, BERND POSSELT, vorgeschlagen. Ein »Weg zum Frieden«? Sicherlich nicht.

Jörg Kronauer



Kameradschaften publizieren unter gemeinsamem Label

Profil ↻ Der NATIONALE MEDIENVERBUND (NMV) in Ostdeutschland

STEFAN LUX. Für das Konzert wurde konspirativ im Internet geworben und die Teilnehmerzahl war auf ca. 60 Personen begrenzt. Die Polizei schaffte es nicht, das Konzert zu unterbinden und führte erst nach Ende der musikalischen Darbietungen eine Razzia durch, da sie offensichtlich nicht informiert war.

Der Anlass für das Konzert dürfte eine neu erschienene CD von MICHAEL REGENER alias »LUNIKOFF« sein, der zudem in letzter Zeit um eine Zusammenarbeit mit der Band SPREEGESCHWADER um ALEXANDER GAST bemüht zu sein scheint.

So ist die Internetseite des LANDSER-Sängers offiziell auf den Naziladen ON THE STREETS in Henningsdorf angemeldet, der mit SPREEGESCHWADER verwohnen ist und auch als Ansprechpartner für »LUNIKOFF«-MERCHANDISE fungiert. ◀

Rechte bei der Europawahl

Europa • Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni sind für rechte Parteien unterschiedlich erfolgreich verlaufen. In Deutschland kamen NPD und REP nicht in die Nähe der 5 %-Hürde, dürfen sich aber beide über Wahlkampfkostenersatzung freuen (NPD: 241.678 Stimmen, 0,9 %; REP: 485.691 Stimmen, 1,9 %). In Großbritannien sorgten umfangreiche antifaschistische Aktivitäten dafür, dass der drohende Erfolg der BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) ausblieb. Undeutlich ist momentan noch die politische Richtung der UK INDEPENDENCE PARTY, die mit einem populistischen Anti-EU-Programm aus dem Stand über 15 % der Stimmen erhielt (BNP: 4,9 %, kein Sitz; UK IP: 16,1 %, 12 Sitze).

Die extreme Rechte Frankreichs schickt zusammen 13 Abgeordnete nach Strasbourg, sieben von der FRONT NATIONAL und sechs Kandidaten der BEWEGUNG FÜR FRANKREICH unter PHILLIPE DE VILLIERS (FN: 9,81 %; Mouvement pour la France: 6,67 %). Die größte Gruppe aus Italien stellt die ALLEANZA NATIONALE mit neun Kandidaten; die ALTERNATIVE SOCIALE (FIORE / MUSSOLINI) sowie die FIAMMA TRICOLORE entsenden je einen Abgeordneten. Desaströs sind die 6,33 % (ein Sitz) für die FREIHEITLICHE PARTEI Österreichs.

Dagegen kann der rechtsextreme VLAAMS BLOK in Belgien seine Erfolgsgeschichte fortschreiben: 23,16 % der Stimmen bedeuten drei Sitze. Der Abstieg der LISTE PIM FORTUYN in den Niederlanden geht weiter: Nur noch 2,6 % der Stimmen sind für die Rechtspopulisten zusammenge- ▶

Der NATIONALE MEDIENVERBUND (NMV) fungiert als Herausgeber von mindestens sieben Zeitungsprojekten aus dem Spektrum der FREIEN KAMERADSCHAFTEN. Seine Absicht ist die äußerliche Vereinheitlichung der regionalisierten Kameradschaftsszene. Im Mai 2004 erschien mit dem BERLINER BOTEN der neueste regionale Ableger des NMV. Angelehnt an die vergleichbaren Zeitungen – wie etwa den MÄRKISCHEN BOTEN – besteht der BERLINER BOTE aus einem regionalen und einem überregionalen Teil. Für die Regionalredaktionen zeichnen ortsansässige Neonazis verantwortlich, was im Fall des BERLINER BOTEN der Aktivist der Kameradschaftsszene RENE BETHAGE ist.

Der NMV tauchte erstmals vor etwa vier Jahren auf; seine konzeptionellen Wurzeln liegen allerdings in den frühen 90er Jahren, als unter der Leitung von FRANK SCHWERDT die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) mit fünf Regionalausgaben einen NATIONALEN MEDIENVERBAND bildete. Bereits das damalige Konzept sah vor, dass

NMV, sind mit ihrem neonazistischen Erscheinungsbild aber untypisch für die bürgerlich daher kommenden Regionalzeitungen. DER FAHNENTRÄGER sieht sich selbst als »Rundbrief innerhalb des nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland«. Die MJZ hingegen entstand unter Mitwirkung von GORDON REINHOLZ als

Zusammenschluss sächsischer und Brandenburger Kameradschaften bzw. deren Publikationen.⁴

Bewertung

Der NMV will auf der Propagandaebene die regionalen publizistischen Aktivitäten von



Die regionalen Zeitschriften des NMV werden auch zusammen beworben.

die Regionalzeitungen den überregionalen Teil der BBZ übernehmen und um einen regionalen Teil ergänzen.¹

Das Konzept des NMV

Anknüpfend an dieses Konzept erschien Ende des Jahres 2000 die erste Ausgabe des UCKERMARK BOTEN², der von den NPD-Funktionären FRANK SCHWERDT und GORDON REINHOLZ³ verantwortet wurde. Das Layout und der Untertitel glichen der früheren BBZ. Aus heutiger Sicht macht es den Eindruck, dass in den NMV einerseits bestehende Zeitungsprojekte integriert und andererseits neue regionale Projekte aufgebaut werden sollten. So schlossen sich beispielsweise DER INSEL BOTE (Umfeld KAMERADSCHAFTSBUND USEDOM) und die DIE STIMME DER HEIMAT (HEIMATBUND POMMERN) dem NMV an. Aus Sachsen stieß der BLICKPUNKT LAUSITZ hinzu, dessen Postadresse früher von der MITTELDEUTSCHEN JUGENDZEITUNG (MJZ) benutzt wurde.

Die MJZ und auch DER FAHNENTRÄGER (beide Wolgast) verstehen sich ebenfalls als Teil des

Kameradschaften unter einem Label bündeln. Ziele hierbei sind ein einheitliches Erscheinungsbild und mehr Akzeptanz beim Bürger.⁵ Die Regionalzeitungen BERLINER BOTE, MÄRKISCHER BOTE, DER INSEL BOTE und BLICKPUNKT LAUSITZ nähern sich diesem Anspruch an. Ergänzt werden diese bürgernahen Blätter durch die MJZ und den FAHNENTRÄGER, die durch ihre politische Offensichtlichkeit ihre Wirkung vor allem in die neonazistische Szene entfalten. Beide Zeitungen bzw. ihr politisches Umfeld stellen die Infrastruktur des NMV. So residiert der NMV-Versand beim selben Postfach wie DER FAHNENTRÄGER und die MJZ.

Im Gegensatz zu dem früheren Konzept der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG, bundesweite Ableger aufzubauen, ist der NMV auf den Osten begrenzt und will als »gemeinsames Label« strukturverstärkend wirken. Svenja Schlegel

1) Antifaschistisches Infoblatt Nr. 42, 1998, S. 24.

2) Heute: MÄRKISCHER BOTE.

3) REINHOLZ ist heute Anführer des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES, vgl. monitor Nr. 15, 2004, S. 2.

4) Vgl. monitor Nr. 4, 2002, S. 5.

5) DER FAHNENTRÄGER Nr. 8, 2003, S. 28: Im Zwiegespräch mit der Redaktion der MJZ.



Nazis gegen Versteckspiel

Bericht ➔ Veranstaltungsreihe des *apabiz* im Fokus von Neonazis

Ende Mai fand in NRW eine Vortragsreihe zur Broschüre »Das Versteckspiel« statt, die Aufbau und Entstehung extrem rechter Symboliken und Lifestyleelemente beleuchtet. Die Reihe bestand aus vier Veranstaltungen, die von Referenten des *apabiz* und der *Agentur für soziale Perspektiven* gehalten wurden und von lokalen AntifaschistInnen organisiert waren. Insgesamt fand die Veranstaltung bereits in mehr als 50 Städten statt. Bei den Vorträgen in Düsseldorf und Lüdenscheid kam es zu keinerlei Zwischenfällen: Die Vorträge konnten vor einem interessierten Publikum gehalten werden. Anders stellte sich die Situation in Dortmund und Hamm dar.

In beiden Orten hatten bereits im Vorfeld lokale KAMERADSCHAFTEN dazu aufgerufen, gegen die Veranstaltungen aktiv zu werden und sie zu stören.

Aufmarsch in Dortmund

In Dortmund war es offenbar besonders die thematische und räumliche Nähe zu einem rechten Szeneladen namens BUY OR DIE, die die Nazis zu einer Gegenmobilisierung veranlasste. Zwischen 50 und 60 Neonazis folgten dem Aufruf und fanden sich vor dem Veranstaltungsort ein, wurden jedoch durch die Polizei von den BesucherInnen getrennt. Einige der Rechten lieferten auch gleich ein mustergültiges Anschauungsbeispiel für den Lifestyle-Aspekt des Vortrages: Sie erschienen in einem eher links besetzten Outfit und versuchten, sich unter die BesucherInnen zu mischen. Doch auch ihre angepasste Kleidung half ihnen in diesem Fall nicht weiter, da sie AntifaschistInnen bereits bekannt waren und so des Platzes verwiesen werden konnten.

Eigentlich hätte an diesem Punkt der Vortrag wie geplant beginnen können, wenn nicht das fragwürdige Verhalten der Dortmunder Polizei gewesen wäre. Diese erlaubte den Neonazis die Benutzung eines Lautsprecherwagens in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsraumes, was einen pünktlichen Beginn des Vortrages unmöglich machte. Warum die Polizei diese Störung einer angemeldeten Veranstaltung über eine halbe

Stunde duldete, obwohl sie mit genügend Kräften vor Ort war, bleibt unklar. Der Haupteffekt der Gegendemonstration der Neonazis lag jedoch in einem extrem gesteigerten öffentlichen Interesse an der Veranstaltung selber. So fasste der Veranstaltungsraum nicht alle der über 60 interessierten Dortmunder BürgerInnen und so manch einer musste mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Zusätzlich drückten mehrere Dutzend AntifaschistInnen an der Nazi-Kundgebung ihren Protest aus.

Anschlag in Hamm

In Hamm verübten örtliche Neonazis am Vorabend der Veranstaltung einen Anschlag auf das Gewerkschaftshaus, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte. Sie warfen mehrere Farbbeutel gegen das Gebäude und besprühten es mit Drohungen gegen die Organisatoren. In einem Bekennerschreiben, das im Internet kursierte, nahmen die Rechten Bezug auf einen Informationsabend der 2003 in derselben Lokalität stattgefunden hatte. Damals wurde ein Neonazi beim Versuch, die Veranstaltung zu stören, erheblich verletzt und die lokale Naziszene damit in Aufruhr versetzt. Diesmal blieb es bei der nächtlichen Attacke; am Folgetag ließ sich keiner der Kameraden mehr blicken.

Dass die Veranstaltung trotzdem wie geplant stattfinden konnte, war besonders dem couragierten Auftreten der gastgebenden GewerkschafterInnen zu verdanken. Diese ließen sich durch die rechten Drohgebärden nicht beeindrucken und kündigten eine Ausweitung der Kooperation mit der Hammer Antifa an. Auch werde es in Zukunft gerade wegen der Aktionen der Faschisten weitere Veranstaltungen zum Thema in den Räumen der Gewerkschaft geben, da man sich auf keinen Fall einschüchtern lassen werde, teilte eine Funktionärin von *verdi* in einer Ansprache vor Beginn der gut besuchten Veranstaltung mit.

Die Versuche der Nazis, die Veranstaltungen zu be- oder gar verhindern, sind in beiden Fällen nach hinten losgegangen. Dennoch stehen sie für ein gesteigertes Selbstbewusstsein von Teilen der Szene, das nicht selten – wie in Hamm – in gesteigertem Aktionismus und mitunter auch in Anschlägen mündet.

Falco Schuhmann

kommen. Aus *Slowenien* kommen zwei Abgeordnete, aus *Dänemark* ein Mitglied der DÄNISCHEN VOLKSPARTEI (DANSK FOLKPARTI), aus *Griechenland* ein und aus *Lettland* vier rechte Abgeordnete. Die rechtspopulistische LIGA DER POLNISCHEN FAMILIEN (Liga Polskich Rodzin) entsendet 10 Kandidaten, SAMOOBRONA (SELBSTVERTEIDIGUNG) weitere sechs (LPR: 15,92 %; SAMOOBRONA: 10,78 %). Eine ausführlichere Liste der Ergebnisse rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen kann unter www.apabiz.de eingesehen werden. ◀

Hohmann & Günzel beim 7. Berliner Kolleg

Berlin • Am 22. Mai trafen sich etwa 500 Gäste zum 7. BERLINER KOLLEG des neurechten INSTITUTS FÜR STAATSPOLITIK (IFS) und der extrem rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT (JF). Das Einführungreferat zum Thema »Das Tabu als Machtfrage« wurde vom ideologischen Kopf des Instituts, KARLHEINZ WEIßMANN, gehalten und durch den Alt-68er und heutigen Uni-Dozenten BERND RABEHL komplettiert. Der eigentliche Stargast der Veranstaltung, MARTIN HOHMANN, wurde zwar begeistert begrüßt, konnte aber nicht überzeugen: Er zeigte sich enttäuscht über die Entsolidarisierung durch Teile der CDU, sieht seine politische Zukunft aber weiterhin in der Partei. Der ehemaligen Brigadegeneral REINHARD GÜNZEL referierte über sein persönliches Schicksal aufgrund des Solidaritätsschreiben an HOHMANN, das zu seiner Entlassung geführt hatte, und wurde damit zum eigentlichen Star des Abends. Unter den Gästen befand sich neben dem rechten Historiker ERNST NOLTE und HEINRICH LUMMER auch der Autor des von HOHMANN in seiner damaligen Rede zitierten Buches »Jüdischer Bolschewismus«, JOHANNES ROGALLA VON BIEBERSTEIN. Wie das veranstaltende IFS durch das Führungsmitglied GÖTZ KUBITSCHKEK mitteilen ließ, plant es die Gründung einer Stiftung zur Ausdehnung der bisherigen politischen Arbeit (s. Profil zum IFS, *monitor* Nr. 13, S. 3). ◀

Klangwelten und Trommeln

Berlin • Am 26. Juni fand das rechte Industrial- und Noise-Festival STATEMENT 1961 des Berliner Internet- und Veranstaltungsprojekt IRONFLAME mit etwa 200 Besuchern statt. Den elektronische Teil der Veranstaltung bestritten die internationalen Einmannprojekte SCHLOSS TEGAL, S.E.T.I., ▶

Das Info-Paket vom *apabiz* e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz* e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des *apabiz* e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



»Querfront« allerorten?

Hintergrund ⇨ Anmerkungen zu einem elenden Begriff

CO. CASPAR sowie GERECHTIGKEITSLIGA und die Band CLUB MORAL. Aus dem Bereich des Neofolk fanden sich die österreichische Band BEARER OF THE INMOST SUN sowie das klassische Neofolkprojekt FORSETI um Sänger ANDREAS RITTER ein. Beim Publikum erwiesen sich Symbole der verschiedenen rechten Dark Wave-Bands – wie z.B. DEATH IN JUNE und DER BLUTHARSCHE – als sehr beliebt, aber auch T-Shirts von SKREWDRIVER boten keinen Grund für Anfeindungen. IRONFLAME hatte als Westberliner Underground-Label und Veranstalter für Industrial-Noise angefangen; inzwischen verfügt das Projekt über weitreichende internationale Kontakte, arbeitet als Musikveranstalter bundesweit und beschränkt sich nicht auf elektronische Musik, sondern tritt auch als (Mit)Veranstalter von Neofolkveranstaltungen in Erscheinung. ◀

Eltern für PRO?

Seelow • Mehrere Funktionäre der PARTEI RECHTSSTAATLICHE OFFENSIVE (PRO) in Brandenburg engagieren sich in dem Verein ELTERN FÜR SCHÜLER E.V. Das wurde im Verlauf vereinsinterner Streitigkeiten deutlich, die unter anderem Anfang Juni bei einer Mitgliederversammlung in Seelow offen ausgetragen wurden. Vereinsmitglieder hatten ihren Vorsitzenden MIRKO EGGERT kritisiert, da er als Landtagswahl-Kandidat der PRO eine Presseerklärung auch im Namen des Vereins unterzeichnet hatte. Die Vertrauensfrage überstand EGGERT allerdings unbeschadet. An der Versammlung nahm auch der Landesvorsitzende der PRO, RENÉ ROTHE, teil. Die Initiative war, bisher unterstützt auch durch die PDS, maßgeblich an der Unterschriftensammlung gegen das neue Schulgesetz in Brandenburg beteiligt. ◀

Brandanschlag gegen slowakische AntirassistInnen

Bratislava • In der Nacht zum 7. Mai wurde das Büro der Gruppe *Ludia proti rasizmu* (People Against Racism) von Neonazis angegriffen und in Brand gesetzt. Ein Raum brannte total aus; nur durch einen zufällig Anwesenden konnte das Übergreifen des Feuers auf weitere Teile des Gebäudes verhindert werden. Die Umstände der Tat weisen alle Anzeichen eines gezielten Anschlages auf: Eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit sowie abgebrannte Streichhölzer wurden in der Nähe eines Fensters gefunden. ▶

Der Nazi mit Che-Guevara-Shirt oder Pali-Tuch gehört heute zu den Farbtupfern auf Nazi-Aufmärschen. In unseren Veranstaltungen taucht bei der Diskussion über diese Anleihen bei der Linken oft die Frage auf: »Ist das jetzt 'Querfront'?!« Hier der Versuch einer Aufklärung.

Querfront« ist ein Begriff, der in den vergangenen Jahren inflationär benutzt worden ist und wird – auch von Linken und oft unhinterfragt. Eine Entwirrung ist daher nicht einfach.¹ Wenn ein Nazi ein linkes Symbol – oder ein von Linken besetztes Symbol – verwendet, trifft der Begriff *nicht* zu. Nazis haben sich schon immer bei der Linken bedient und Symbole, Begriffe oder Parolen entwendet. Allein, dass sie das tun, ist keine »Querfront«. Es zeigt zwar eine oberflächliche Identifizierung mit aktuellen oder älteren linken



Wer ist »Querfront«? Als »Unterstützer« für dieses Plakat werden neben verschiedenen Teilen des KDS und anderer Nazi-Gruppen u.a. genannt: »Hörer von Radio Berlin International, Leser der Zeitschrift 'Kalaschnikow', (...) PDS-Sympathisanten Hellersdorf, (...) Peter L. (ehemaliger Offizier der Grenztruppen), (...) Mitarbeiter eines Gaststättenkollektives in der Berliner Karl-Marx-Allee und der Verein zum Schutze der Rechte der Stafford Terrier (i.G.)«.

Parolen; ein Nazi, der wie ein Linker rumläuft, bleibt jedoch zunächst ein Nazi. Selbst der so gern bemühte KAMPFBUND DEUTSCHER SOZIALISTEN (KDS) ist bisher lediglich das Angebot einer »Querfront« ohne jede Relevanz außerhalb des Neonazismus.²

Was ist »Querfront«...

»Querfront« bezeichnet den Versuch von nationalistischen oder völkischen Kräften, eine Zusammenarbeit zwischen Nazis und linken Personen oder Organisationen herzustellen. Die ansonsten unversöhnlichen Feinde sollen nach der

Vorstellung der Nazis ihre Gemeinsamkeiten erkennen und sich im Angesicht einer historischen Katastrophe – der drohende Untergang des deutschen Volkes ist hier sehr beliebt – zusammen gegen den übermächtigen Feind wenden. »Querfront«-Bestrebungen sind daher immer Versuche, nationalistische und völkische Politik zu stärken, sie in bestehende gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einzubringen. Aktuell fanden und finden solche Interventionen in der Anti-Globalisierungs- und der Anti-Kriegs-Bewegung statt. Das Dilemma der Rechten: Wie bringe ich all den Linksbewegten bloß bei, dass sie eigentlich nur das Vaterland retten müssen, um alle Probleme zu lösen?

...und wie stellen Nazis sie sich vor?

Dies drückt sich beispielhaft in einem Artikel in der DEUTSCHEN STIMME aus, nach dem das »System der Globalisierer« durch eine »strategische Allianz« mit Teilen der Linken bekämpft werden soll.³ Gelobt werden die nationalistischen Traditionen der Parteikommunisten, um sodann die antiautoritäre Linke als bourgeois und staatsfinanziert zu verdammen. Das Angebot richtet sich somit ausschließlich an die autoritären, staatsgläubigen und nationalistischen Linken⁴ und appelliert an deren völkische Instinkte: »Eine soziale Strömung mit nationaler Orientierung und ökologischer Ausrichtung ergäbe (...) eine ernsthafte Bedrohung für das Herrschaftssystem der Globalisierer. (...) Wenn die 'Linke' die Naturkraft völkischer Identität akzeptiert (...), wäre die kritische Masse gegeben, die Veränderungen herbeiführen kann.«

Unter diesen Voraussetzungen erscheint die mögliche Formation einer globalisierungskritischen »Querfront« nach Geschmack der Nazis klar umrissen: Der »bodenständige« Anteil der PDS und die NPD kämpfen für die Übererfüllung des Zuckerrüben-Plansolls auf der Scholle ihrer national befreiten Zone. Es wird an der Linken sein, diesem Albtraum eine internationalistische Vision entgegen zu setzen.

Ulli Jentsch

1) Zu der historischen Bedeutung siehe *Antifaschistisches Informationsblatt* Nr. 62, S. 38 f. Ausführlich auch *Der Rechte Rand* (DRR) Nr. 82.

2) Vgl. DRR Nr. 82. Gleiches gilt für die NATIONALEN ANARCHISTEN u.a. Als attraktives Angebot an eine marginalisierte Linke können dies wohl nur ähnlich Verwirrte verstehen.

3) R. WUTTKE, »Sind Rechte und Linke zu einer strategischen Allianz fähig?«. In: DEUTSCHE STIMME Nr. 4 / 2004.

4) Bei WUTTKE heißt das »bodenständige PDS-Politiker« und er nennt die unvermeidliche C. Ostrowski.



Völkische Vordenker

Rezension ➔ Hering, Rainer: »Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939«. Christians Verlag, Hamburg. 600 S.

Ist von der Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland vor und im I. Weltkrieg die Rede, so findet der ALLDEUTSCHE VERBAND (AV) meist nur im Nebensatz Erwähnung. Zu Unrecht. Denn die Gruppierung war mehr als eine Propagandaagentur für den deutschen Kolonialismus. Eine neue Studie beschreibt den Verband als gesellschaftspolitischen Katalysator völkischer Politik in Deutschland mit einer Kontinuität bis zum Nationalsozialismus.

Der Alldeutsche Verband

»Wenn ich der Kaiser wär«, nannte der langjährige AV-Vorsitzende HEINRICH CLAB sein Buch, in dem er bereits vor dem I. Weltkrieg eine forcierte Aufrüstung, die Militarisierung der Gesellschaft und einen autoritären Staat forderte. Der ALLDEUTSCHE VERBAND, 1890 gegründet, entfaltete nach der Jahrhundertwende eine im Bürgertum breitenwirksame politische Agitation. In deren Zentrum stand die These, Deutschland gebühre ein vorderer Platz unter den Weltmächten. Dies sei jedoch nur in einem Krieg zu erreichen, in dem sich die Qualitäten des »Deutschtums« erweisen müssten. Seine Mitglieder rekrutierte der AV vornehmlich aus dem Bildungsbürgertum der Unternehmer- und Beamtenschaft. In Ortsgruppen organisiert, versuchte man Einfluss gemäss eigener wirtschaftlicher Interessen zu gewinnen. So gehörte Krupp-Vorstandsmitglied ALFRED HUGENBERG zu den Schlüsselfiguren des AV in der politischen Szenerie.

Praxis und Organisation

Im ersten Abschnitt des Bandes beschreibt Rainer Hering in einem Überblick die Geschichte des AV von der Gründung bis zur Auflösung 1939. Dabei wird deutlich, dass der AV sehr früh zum wilhelminischen Nationalismus auf Distanz ging und sich politisch radikalisierte. Ein Indikator hierfür ist der seit 1903 zunehmend zu Tage tretende rassistische Antisemitismus des AV. Dieser findet seinen Niederschlag sowohl in der Programmatik, als auch in den Propagandaschriften des AV. Als im Umfeld der Reichsregierung im Verlauf des I. Weltkrieges in Denkschriften über einen Verständigungsfrieden nachgedacht wurde, hielt man im AV an den Eroberungsplänen fest. Wie viele rechtsextreme und völkische Gruppen erblickt der AV in der Weimarer Republik und seinen linksliberalen Repräsentanten politische Todfeinde. Über den getarnten Umweg der AV-Vorfeldorganisation

VÖLKISCHER SCHUTZ- UND TRUTZBUND war man auch mit der terroristischen extremen Rechten und deren Taten verbunden. Doch Hering arbeitet klar heraus, dass der AV zu keinem Zeitpunkt dem Spektrum des sogenannten Neuen Nationalismus angehörte, auch wenn seine Verbindungen zur NSDAP eng waren. Aufgrund seiner bildungsbürgerlichen Mitgliederstruktur und Zielgruppe bediente sich der AV nicht den Propagandamedien der Zeit, wie Massenaufmärsche, Radio oder Handzettel. Die bevorzugten Agitationsmedien blieben auch in den 20er Jahren der Vortrag und die Informationsbroschüre für den ständisch gebildeten Leser.

Bedeutung und Inhalte

Die Bedeutung des AV beschreibt Hering treffend damit, dass dieser es vermochte, einen völkischen Antisemitismus im Bildungsbürgertum zu verankern und somit den Boden für die Akzeptanz der in Praxis und Gestus radikaleren Nationalsozialisten bereite. Viele der antisemitischen Forderungen, von denen die AV-Programmatik durchzogen war, wurden ab 1933 im NS-Staat verwirklicht. Dem Kapitel zum Antisemitismus als Schlüsselideologie des AV lässt Hering einen Aufriss zu anderen Positionen des AV innenpolitischer Natur folgen. Etwa in der Wahlrechtsfrage vertrat der AV eine Position, die entsprechend ihres autoritären Staatsverständnisses den Einfluss der Sozialdemokratie begrenzt und später ausgeschaltet sehen wollte. Mit einer Detailstudie über den Ortsverband Hamburg unternimmt der Autor einen Ausflug in der Verbandsleben an der Basis. Hier wird deutlich, wie eng ökonomische Interessen der Mitglieder mit der Ideologie des AV verknüpft sein konnten. Schließlich wendet sich der Autor noch der Auflösung des AV zu, die entgegen mancher – auch von ehemaligen Funktionsträgern des AV nachträglich gestalteten Legenden – nicht im Widerspruch zum Nationalsozialismus begründet war, sondern erfolgte, weil der Verband schlicht überflüssig wurde.

Der Band ist, Grundkenntnisse einer politischen Soziologie der extremen Rechten in der Weimarer Republik vorausgesetzt, mit hohem Gewinn zu lesen. Denn der Autor macht deutlich, dass der AV für die Entwicklung der NSDAP ein nicht unwesentlicher Bezugspunkt war. Dabei handhabt er Quellen und Sekundärliteratur souverän und hält eine gute Balance zwischen Materialreferenz und Lesbarkeit.

Christian Grünert



Der Angriff auf *Ludia proti rasizmu* ist eine Antwort auf die erfolgreiche antifaschistische Politik der Gruppe in den vergangenen Jahren. Um die Schäden an ihrer Infrastruktur zu beheben, braucht die Gruppe dringend finanzielle Hilfe. Spenden bitte an: Ludia proti rasizmu, Vseobecna uverova Banka, Account-No. 1726183453/0200, BIC: SUBASKBX, IBAN: SK31 0200 0000 0017 2618 3453. Mehr Infos: www.rasizmus.sk

Frauen und Neonazismus

Berlin • Im Logos Verlag Berlin ist das Buch »Von ‚N.S. Frauen-Warte‘ bis ‚Victory‘« erschienen. Der Band dokumentiert die bisher unveröffentlichte Diplomarbeit von Kirsten Döhning und Renate Feldmann von 1999, die sich auf mehr als 350 Seiten mit der Vielfalt rechter Frauenbilder von der Zeit des Nationalsozialismus bis in die späten 90er Jahre beschäftigen. Das *apabiz* unterstützte die Autorinnen bei ihren Recherchen mit seinem großen Primärquellenbestand. In den vergangenen Jahren waren Döhning und Feldmann auch für *argumente – netzwerk antirassistischer Bildung e.V.* als Referentinnen bundesweit tätig.

Nazis in Rhein-Neckar

Heidelberg • Mit »Eject Nazis. Neonazistische Aktivitäten im Rhein-Neckar-Raum« ist eine neue antifaschistische Broschüre erschienen. Auf 76 Seiten beleuchtet die *Antifaschistische Initiative Heidelberg* die regionale Neonazi-Szene. Die Spannweite reicht von der NPD über militante KAMERADSCHAFTEN bis hin zur BEWEGUNG DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT und neonazistischen SKINHEADS. Natürlich werden auch die Heidelberger BURSCHENSCHAFTEN dargestellt. Bestellen kann man die Broschüre für 4 Euro bei AIHD, Postfach 104520, 69035 Heidelberg.



Abonnieren...

...kann man den **monitor** nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

• *Michael P. Hensle: »Rundfunkverbrechen. Das Hören von ‚Feindsendern‘ im Nationalsozialismus«. Metropol Verlag, Berlin 2003.*

Mit Kriegsbeginn erließ das NS-Regime das Verbot, ausländische Radiosender zu hören. Die angedrohten Strafen gingen von Verwarnungen über Gefängnisstrafen bis hin zur KZ-Einweisung. 1941 wurde das erste Todesurteil wegen »Rundfunkverbrechen« verhängt. Der Autor, der über umfangreiche Kenntnisse der NS-Justiz verfügt, hat für seine Untersuchung Akten der Sondergerichte Freiburg und Berlin ausgewertet.

• *Jules Schelvis: »Vernichtungslager Sobibór«. rat – reihe antifaschistischer texte / unrast-verlag, Hamburg / Münster 2004.*

Aus der Sicht von Zeitzeugen wird die Geschichte des Lagers Sobibór dargestellt. Neben der Schilderung des Aufstandes, Bildern und Dokumenten gibt es biografische Notizen und Interviews mit Überlebenden. Aber auch dem SS-Personal und deren weiteren Lebenslauf wird in einem Kapitel nachgegangen.

• *Thomas »Toivi« Blatt: »Sobibór – der vergessene Aufstand«. rat – reihe antifaschistischer texte / unrast-verlag, Hamburg / Münster 2004.*

• *Ralph Gabriel, Ingo Grastorf, Tanja Lakeit, Lisa Wandt, David Weyand: »Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement«. Verlag Hans Schiler, Berlin 2004.*

Das Buch ist das Ergebnis eines zweijährigen Forschungsprojektes, in dessen Mittelpunkt Jugendliche und ihre Aktivitäten in Oranienburg, einer Kleinstadt in Brandenburg, stehen. Von den Offiziellen der Stadt wird nicht nur die aktive rechtsextreme Szene geleugnet, sondern auch die Aufarbeitung bzw. Erinnerung an die NS-Vergangenheit verdrängt.

• *Samuel Salzborn (Hg.): »Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart«. Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation, Giessen 2004.*

Antisemitisches Denken scheint erst an dem Punkt als ernsthaftes gesellschaftliches Problem wahrgenommen zu werden, an dem es vom latenten zu einem gewalttätigen Phänomen wird. Neben einer Betrachtung der historischen Entwicklung, der Wandlungen und Veränderungen antisemitischer Argumentationsfiguren beleuchten die Autoren die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Antisemitismus und die politischen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen antisemitische Ideologie wirksam wird.

• *Michael Klundt (Hg.): »Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs«. PapyRossa, Köln 2004.*

Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung, Guido Knopp – die gegenwärtigen Diskussionen um den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen zielen darauf ab, »endlich einmal« die deutschen Leiden und Opfer in den Vordergrund der Geschichtsbetrachtung zu stellen. Michael Klundt stellt die wichtigsten Kontroversen und Themengebiete vor und analysiert sie vor dem Hintergrund diverser Kriegs- und Nachkriegsphänomene sowie auch im Zusammenhang mit ihrer heutigen medialen Vermittlung und geschichtspolitischen Bedeutung.

• *Kurt Schilde: »Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzamtsakten«. Metropol Verlag, Berlin 2002.*

Am Schicksal von Horst Fenichel und seiner Familie wird die Mitwirkung der Finanzbehörden an der Ausplünderung der von den Nationalsozialisten deportierten und ermordeten Juden gezeigt. Der ausführlich geschilderte Fall einer schrittweise mehr und mehr entrechteten und beraubten Berliner Familie dokumentiert, wie namenlose Akteure der Finanzbürokratie zu Wegbereitern, Vollstreckern oder Handlangern des »Verwaltungsmassenmordes« wurden.

• *Klaus Ahlheim (Hg.): »Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung«. Wochenschau Verlag, Schwalbach / Taunus 2002.*

Der erste Teil des Buches verschafft einen Überblick über das Thema Rechtsextremismus, verweist auf unterschiedliche Erklärungsansätze und empirische Befunde. Im Anschluss werden pädagogische Handlungsfelder und Interventionsstrategien vorgestellt. Unter anderem wird auf ein internetbasiertes Planspiel und auf Erfahrungen mit schulischen Gedenkstättenfahrten eingegangen.

• *Meinhard Meuche-Mäker, Andreas Speit, Heino Windt: »Hamburger Skripte 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillischen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus«. Rosa Luxemburg Bildungswerk, Hamburg 2004.*

Die Broschüre reicht vom kometenhaften Aufstieg des Hamburger Amtsrichters zum Senator, über die Analyse seiner Politik bis hin zur Skizzierung von Programm und Ideologie der rechtspopulistischen Partei PRO DEUTSCHE MITTE.